LANDKREIS
ERLANGEN-HÖCHSTADT

Niederschrift

über die

2. Sitzung des Kreisausschusses

des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin:	Freitag, den 02.10.2026
Sitzungsbeginn:	09:00 Uhr
Sitzungsende:	11:37 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Landratsamtes, im Erdgeschoss, Raum-Nr. 029, Nägelsbachstr. 1, 91052 Erlangen

Anwesend sind:

Landrat
Landrat Alexander Tritthart

CSU-Fraktion
Kreisrat Thomas Fischer — bis 10:24 Uhr, nach TOP I/3.1
Kreisrätin Gabriele Klaußner
Kreisrat Walter Nussel
Kreisrätin Dr. Ute Salzner

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kreisrat Manfred Bachmayer
Kreisrätin Dr. Monika Tremel

Freie Wähler-Fraktion
Kreisrat Karsten Fischkal — bis 11:19 Uhr, während TOP II/2; ab 11:28 Uhr, nach TOP II/2
Kreisrat Gerhard Wölfel

SPD-Fraktion
Kreisrätin Eva Ehrhardt-Odörfer — bis 10:29 Uhr, während TOP I/3.2
Kreisrat Dr. German Hacker

AfD-Fraktion
Kreisrat Christian Beßler

JU-Fraktion
Kreisrat Nico Kauper

Verwaltung
Verwaltungsrat Markus Vogel — bis 11:29 Uhr, nach TOP II/3
Regierungsdirektor Manuel Hartel
Kreisbaumeister Thomas Lux — bis 11:11 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
Regierungsamtmann Michael Eger
Regierungsamtmann Thomas Wächtler
Beschäftigter Friedrich Schlegel — bis 11:30 Uhr, nach TOP II/5
Beschäftigter Christian Reutter — bis 11:17 Uhr, nach TOP II/1.2
Beschäftigter Michael Reimann — bis 11:17 Uhr, nach TOP II/1.2
Regierungsamtsrat Norbert Heinrich
Beschäftigter Maximilian Gaier — bis 11:11 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
Regierungsrat Michael Stötzel — bis 10:10 Uhr, nach TOP I/2; ab 11:17 Uhr, zu TOP II/2; bis 11:28 Uhr, nach TOP II/2
Baurat Dieter Mußack — bis 10:32 Uhr, nach TOP I/3.2
Beschäftigter Johannes Hölzel — bis 11:11 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
Beschäftigter Oliver Jäger — bis 10:32 Uhr, nach TOP I/3.2
Beschäftigte Sandra Lündgrin — bis 11:13 Uhr, nach TOP II/1.1
Regionalmanagerin Larissa Pschorr — bis 11:11 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
Verwaltungsamtfrau Julia Schröder — bis 11:11 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung
Beschäftigter Nick Richter — bis 11:11 Uhr, Ende der öffentlichen Sitzung

Schriftführer/in
Verwaltungsinspektorin Raffaela Becker

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung des Kreisausschusses vom 13.07.2026

2. Haushaltswirtschaft des Landkreises; Sachstandsbericht zum Aufstellungsverfahren des Landkreishaushaltes 2027

3. Tiefbauinvestitionsplanung;

3.1 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.26; Aufnahme eines Radweges entlang der Kreisstraße ERH 17 und der FO 19 von Zentbechhofen nach Stiebarlimbach in das Radwegekonzept und die Investitionsplanung

3.2 Investitionsplanung 2027 - 2030 für den Straßen-, Brücken- und Radwegeausbau

4. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2026; Zugänglichmachung von Beschlussvorlagen und Unterlagen öffentlicher Sitzungen für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Rats- bzw. Bürgerinformationssystems des Landkreises ERH

5. Antrag der Kreistagsfraktion Freie Wähler vom 28.08.2026; Erlangen-Höchstadt soll Tourismusregion werden

II. Nichtöffentliche Sitzung

……

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 18.09.2026; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

I. Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der 1. Sitzung des Kreisausschusses vom 13.07.2026

Der Kreisausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Niederschrift der 1. Sitzung des Kreisausschusses vom 13.07.2026 wird genehmigt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 13 Nein: 0 Anwesend: 13**

2. Haushaltswirtschaft des Landkreises; Sachstandsbericht zum Aufstellungsverfahren des Landkreishaushaltes 2027

Die Mitglieder des Kreisausschusses werden zu diesem Tagesordnungspunkt mit einer Sitzungsvorlage über den derzeitigen Stand des Aufstellungsverfahrens zum Landkreishaushalt 2027 informiert.

Landrat Tritthart berichtet eingangs, die Kommunalen Spitzenverbände in Bayern haben mit Schreiben vom 01.10.2026 an den Bayerischen Staatsminister der Finanzen und für Heimat, Albert Füracker, MdL, für das Spitzengespräch am 26.10.2026 die dramatische Finanzsituation der bayerischen Kommunen dargelegt. Kernforderung ist die Stärkung der Verwaltungshaushalte. Konkret wird vor allem eine kräftige Anhebung der Schlüsselzuweisungen sowie eine weitere Unterstützung der Bezirke gefordert, um die steigenden Umlagebelastungen abzumildern. Weitere Forderungen betreffen die Finanzzuweisungen für die staatlichen und übertragenen Aufgaben sowie ein Nothilfeprogramm für die kommunalen Kliniken außerhalb des Finanzausgleiches. Die Federführung liegt beim Bayerischen Landkreistag. Weiter führt Landrat Tritthart zum Landkreishaushalt aus, die finanzielle Situation des Landkreises stelle sich nach den neuesten Zahlen zum Finanzausgleich und zur Steuerumlagekraft als äußerst dramatisch dar. Die Zeiten einer komfortablen Haushaltslage seien vorbei. Zum aktuellen Zeitpunkt bestehe eine Deckungslücke von 14,6 Mio. €. Eine Erhöhung des Bezirksumlage-Hebesatzes sei dabei noch nicht berücksichtigt und würde die Deckungslücke entsprechend erhöhen. Ziel müsse es sein, die Deckungslücke, zumindest teilweise, aus eigener Kraft zu schließen. Hierfür müssen Streichungen vorgenommen werden.

Kreiskämmerer Vogel knüpft an die Ausführungen von Landrat Tritthart an und führt ergänzend zum Haushaltsvollzug des laufenden Haushaltsjahres aus, zwischenzeitlich sei mit zusätzlichen Ausgaben im Bereich Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) zu rechnen. Zudem wird sich die Haushaltslage im Bereich des Jugendamtes bis Jahresende verschärfen. Diesbezüglich, und auch hinsichtlich der Haushaltsplanung 2027, werden in Kürze Gespräche zusammen mit dem Jugendamt stattfinden. Bezüglich des Aufstellungsverfahrens des Landkreishaushaltes 2027 verweist er zunächst auf die versandte Informationsvorlage. Zwischenzeitlich liegen seit dieser Woche die vorläufigen Umlagekraftzahlen vor. Danach geht die Umlagekraft des Landkreises um rund 63 Mio. € zurück. Dies führe u.a. zu den entsprechenden Auswirkungen bei der Kreisumlage. Bei der Finanzplanung des Bezirks Mittelfranken sei davon auszugehen, dass der aktuelle Hebesatz nicht ausreichen werde und mit weiteren Erhöhungen zu rechnen sei. Näheres wird der Bezirk voraussichtlich Ende Oktober bekannt geben. Das Spitzengespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2027 werde nach Auskunft des Bayerischen Landkreistages am 26.10.2026 stattfinden, so

Kreiskämmerer Vogel weiter. Aufgrund der sehr hohen Not bei den Kommunen hoffe man auf eine vernünftige Lösung mit dem Freistaat Bayern, welche die Kommunen entlastet. Die aus diesem Gespräch gewonnenen Informationen werden bei der Planung des Landkreishaushaltes berücksichtigt. Zur aktuellen Entwicklung der Fach-Etats der einzelnen Sachgebiete berichtet er, die Kämmerei bearbeitet derzeit die vorliegenden Haushaltsmeldungen aus den einzelnen Sachgebieten. Bei vielen Rückmeldungen gebe es noch Gesprächsbedarf. Allerdings habe man schon einen klaren Überblick über die Gesamtdeckungslücke. Die Problemstellungen liegen in den Bereichen Jugendhilfe mit einer Steigerung in Höhe von 16,6 %, dem ÖPNV mit einer Steigerung in Höhe von 42,2 % und Personal mit einer Steigerung in Höhe von 6,9 %. Insgesamt betrage der zusätzliche Finanzbedarf dieser drei Bereiche 9,2 Mio. €. Diese Kostensteigerung könne an keiner anderen Stelle aufgefangen werden, vor allem auch deshalb, da die Finanzbedarfe in anderen Bereichen ebenfalls ansteigen werden und die Einnahmen aus der Kreisumlage aufgrund der zurückgehenden Umlagekraft zurückgehen werden. Man werde nicht umhinkommen, massiv Hand anzulegen. Kreiskämmerer Vogel stellt fest, dass sich die Deckungslücke im Verwaltungshaushalt im Vergleich zum Vorjahr auf 14,6 Mio. € mehr als verdoppelt hat. Möchte man diese Deckungslücke aus eigener Kraft schließen, müsse man die Anstiege der vorgenannten drei Bereiche senken oder sich im Kreistag bewusst entscheiden, dies nicht zu tun. Ohne Gegenmaßnahmen drohe eine Erhöhung der Kreisumlage rechnerisch um 5,1 %-Punkte, wobei eine Erhöhung der Bezirksumlage noch nicht eingerechnet sei. Abschließend teilt er mit, Ende Oktober/Anfang November solle ein belastbarer Haushaltsentwurf vorliegen. Man habe einen Zwischenstand erreicht. Nach dem kommunalen Spitzengespräch in vier Wochen seien konkretere Aussagen möglich. Zum Vermögenshaushalt können aktuell noch keine Aussagen getroffen werden.

Landrat Tritthart berichtet ergänzend, positiv hervorzuheben sei, dass das Defizit des Kreiskrankenhauses St. Anna voraussichtlich moderate 3 Mio. € betragen werde, was im Vergleich zu anderen Landkreisen ein sehr gutes Ergebnis sei. Anschließend richtet er einen dringenden Appell an die Kreisrätinnen und Kreisräte. Wenn es in den Fraktionen um Anträge geht, bittet er darum, keine zusätzlichen Leistungsanträge oder Sonderwünsche zu stellen. Wer Vorschläge für Kostenreduzierungen habe, möge diese bitte einbringen. Die freiwilligen Leistungen des Landkreises müssen in den kommenden Fachausschüssen unaufgeregt, aber ernsthaft hinterfragt und diskutiert werden. Das Ziel müsse sein, gemeinsam einen vernünftigen Haushalt aufzustellen.

Im Rahmen der ausführlichen Beratung berichtet Kreisrätin und Bezirksrätin Dr. Salzner, der Bezirk werde in seiner Sitzung am 29.10.2026 den Bezirkshaushalt vorstellen und im Dezember beschließen. Aufgrund massiv steigender Sozialausgaben sei eine Erhöhung der Bezirksumlage unumgänglich.
In verschiedenen Wortmeldungen wird fraktionsübergreifend die Ansicht des Landrats geteilt. Es brauche dringend ein Signal und strukturelle Veränderungen von der Landes- und Bundespolitik, da sich die Kommunen nur noch von Jahr zu Jahr retten. Landrat Tritthart berichtet, der Bayerische Landkreistag sei sich hier einig. Das Problem liege bei den gesetzlichen Sozialausgaben, die in Berlin beschlossen, aber vor Ort finanziert werden müssen.
Im weiteren Verlauf wird aus der Mitte des Gremiums darauf hingewiesen, dass es trotz allem im Landkreis keinen riesigen Investitionsstau gebe. Die Lage müsse ernsthaft geprüft, dürfe aber nicht dramatisiert werden. Die Region bleibe eine Boomregion mit starken Firmen und Universitäten. Die Verwaltung wird aufgefordert, konkrete Vorschläge zu erarbeiten und einzubringen. Gleichzeitig müsse in den Fraktionen geprüft werden, wie der Standort Erlangen-Höchstadt für Unternehmen zukunftsfähig bleiben kann. Ziel müsse trotz der Lage ein genehmigungsfähiger Haushalt sein.

Auf Nachfrage teilt Kreiskämmerer Vogel mit, neben den drei Hauptbereichen Jugendamt, ÖPNV und Personal, die ca. zweidrittel der Deckungslücke ausmachen, führen vor allem die steigenden Anforderungen in den Bereichen Digitalisierung und IT zu erhöhtem Finanzbedarf. Bezüglich der steigenden Ausgaben im Jugendamt erklärt Regierungsdirektor Hartel, diese seien auf höhere Fallzahlen, Kostensteigerungen und komplexere, schwerwiegendere Fälle zurückzuführen. Es handle sich um gesetzliche Pflichtleistungen, die das Jugendamt erbringen müsse. Landrat Tritthart ergänzt, in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses Anfang Dezember könne intensiver zu diesem Bereich berichtet werden. Abschließend ruft er dazu auf, parteiübergreifend an einem Strang zu ziehen, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

Die Mitglieder des Kreisausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

3. Tiefbauinvestitionsplanung;

3.1 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.26; Aufnahme eines Radweges entlang der Kreisstraße ERH 17 und der FO 19 von Zentbechhofen nach Stiebarlimbach in das Radwegekonzept und die Investitionsplanung

Die Mitglieder des Kreisausschusses haben zu diesem Tagesordnungspunkt zusammen mit der Sitzungsvorlage den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2026 sowie eine Übersichtskarte erhalten. Der Antrag ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Eingangs weist Landrat Tritthart darauf hin, sollte der Kreisausschuss in seiner heutigen Sitzung einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss an den Kreistag für die Aufnahme eines Radweges entlang der Kreisstraße ERH 17 und der FO 19 von Zentbechhofen nach Stiebarlimbach in das Radwegekonzept und die Investitionsplanung beschließen, müsste die Investitionsplanung 2027 - 2030 für den Straßen-, Brücken- und Radwegeausbau entsprechend abgeändert werden.
Im Rahmen der Beratung wird die Notwendigkeit des beantragten Radweges aus der Mitte des Gremiums angezweifelt, da das Verkehrsaufkommen an dieser Stelle gering sei und es bereits einen Weg durch den Wald gebe. Zudem sollten Gelder aufgrund der angespannten finanziellen Haushaltslage vorrangig für die Beseitigung von Gefahrenstellen eingesetzt werden. Die Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Kreisrat Bachmayer und Kreisrätin Dr. Tremel führen aus, mit einem baulich getrennten Radweg entlang der Kreisstraßen ERH 17 und FO 19 würde sich dort die Verkehrssicherheit erhöhen, der Alltagsradverkehr gestärkt und ein Lückenschluss in den Landkreis Forchheim geschaffen werden. Sie schlagen vor, den Radweg in Priorität 2 des Investitionsprogramms aufzunehmen, als Signal, dass etwas getan werden muss. Aufgrund des Verlaufs der Beratung schlägt Landrat Tritthart vor, dass die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag zurückzieht und die Aufnahme des beantragten Radeweges bei einer künftigen Überarbeitung des Radverkehrskonzeptes mit bedacht und allgemein diskutiert wird. Die Mitglieder des Kreisausschusses erklären sich mit dem Vorgehen einverstanden. Kreisrat Bachmayer zieht daraufhin den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.01.2026 zurück.

3.2 Investitionsplanung 2027 - 2030 für den Straßen-, Brücken- und Radwegeausbau

Den Mitgliedern des Kreisausschusses steht zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage mit der Investitionsplanung 2027 – 2030 für den Straßen-, Brücken- und Radwegeausbau zur Verfügung. Die Investitionsplanung ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Landrat Tritthart erläutert das Investitionsprogramm zusammengefasst. Im Rahmen der Beratung äußert Kreisrat und Erster Bürgermeister Dr. Hacker für die Stadt Herzogenaurach den Wunsch, die bezüglich des Baus des Geh- und Radweges an der ERH 25 zwischen Hammerbach und Beutelsdorf geschlossene Vereinbarung zu ändern. Die Federführung soll wieder zurück an den Landkreis wechseln. Hierfür soll der erfolgte Grunderwerb kostenlos an den Landkreis übergehen. Landrat Tritthart merkt an, sollte die per Vereinbarung zugesicherte Beteiligung der Stadt Herzogenaurach an den Kosten in Höhe von 50 % entfallen, müsse man für die Beschlussfassung im Kreistag die Zahlen im Investitionsprogramm ändern. Bis zur kommenden Sitzung des Kreistages am 09.10.2026 sollen die Verwaltungen des Landkreises und der Stadt Herzogenaurach Gespräche bezüglich einer entsprechenden Änderung der Vereinbarung führen und die Zahlen in der Investitionsplanung 2027 – 2030 entsprechend geändert werden.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Vom Vortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen und es besteht Einverständnis mit der vorgenannten Investitionsplanung für:

<u>Kreisstraßen-, Brücken- und Radwegeausbau:</u>
Die veranschlagten Kosten betragen

für die Haushaltsjahre 2027 - 2030	13.225.000,00 €
der Finanzbedarf wird ermittelt mit	6.800.000,00 €

Für die Haushaltsjahre 2027 bis 2030 sind die anteiligen Kosten einzuplanen; die Vorlage „Investitionsplanung 2027 bis 2030“ ist Bestandteil des Beschlusses. Die Verwaltung wird beauftragt, die Prioritätenliste / Investitionsplanung jährlich fortzuschreiben.

Abstimmung: einstimmig beschlossen **Ja: 11 Nein: 0 Anwesend: 11**

4. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2026; Zugänglichmachung von Beschlussvorlagen und Unterlagen öffentlicher Sitzungen für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Rats- bzw. Bürgerinformationssystems des Landkreises ERH

Den Mitgliedern des Kreisausschusses sind zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsvorlage sowie der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2026 auf Zugänglichmachung von Beschlussvorlagen und Unterlagen öffentlicher Sitzungen für Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Rats- bzw. Bürgerinformationssystem des Landkreises Erlangen-Höchstadt, zugegangen. Der Antrag ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Landrat Tritthart erläutert die Sitzungsvorlage und führt aus, sowohl das Bayerische Staatsministerium des Innern als auch der Bayerische Datenschutzbeauftragte weisen auf mögliche Probleme bei der Veröffentlichung datenschutzkonform bereinigter Sitzungsvorlagen hin und raten von einer Veröffentlichung ab. Auch der

Bayerische Landkreistag und der Bayerische Gemeindetag – Kreisverband Erlangen-Höchstadt äußern sich dazu kritisch und lehnen eine Veröffentlichung ab.
Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Kreisrat Bachmayer, betont, dass die Bevölkerung in einer Demokratie fundierte Informationen wünsche. Er erkundigt sich kritisch, ob im Vorfeld mit Praktikern gesprochen wurde, wie den Städten Erlangen, München oder Herzogenaurach, die ihren Bürgerinnen und Bürgern bereits ausführliche Informationen online zur Verfügung stellen. Im Weiteren fragt er nach, aus welchen Gründen die Verwaltung des Landkreises diese Unterlagen nicht veröffentlicht. Er unterstreicht, dass Medien ein enorm wichtiger Teil der Transparenz und Offenheit nach außen seien. Landrat Tritthart entgegnet, die Kreisrätinnen und Kreisräte werden von der Verwaltung seiner Ansicht nach außerordentlich gut und umfangreich informiert, auch über nichtöffentliche Angelegenheiten. Auch die Presse erhalte die öffentlichen Sitzungsunterlagen, so dass sie für die Bürgerinnen und Bürger berichten kann. Es bestehe jedoch ein Unterschied darin, ob Unterlagen direkt ins Internet gestellt werden. Er teilt die Ansicht des Landkreistags, wonach sich die Fülle der Informationen, die an die Kreisrätinnen und Kreisräte fließen, verändern würde, wenn alles vor den Sitzungen öffentlich ins Netz gestellt wird. Auch die Mehrheit der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Landkreisgemeinden vertreten diese Meinung.
Kreisrat und Erster Bürgermeister der Stadt Herzogenaurach Dr. Hacker stellt fest, dass das Thema stetig schwieriger werde. Die Stadt Herzogenaurach sei in dieser Hinsicht zwar relativ offen und stellt den Bürgerinnen und Bürgern über das Informationssystem Teile der Unterlagen zur Verfügung, allerdings bestehe das Problem, dass Texte mittels KI automatisiert ausgewertet werden, was oft zu fehlerhaften Ergebnissen führe. Er bezweifelt, ob das Vorenthalten von Informationen der richtige Weg ist. Für die Verwaltung stellt die Veröffentlichung aus seiner Sicht keinen Mehraufwand dar. Datenkritische Dinge würden ohnehin nichtöffentlich behandelt oder im Zweifel nicht veröffentlicht. Er schlägt vor, Unterlagen eventuell erst nach den Sitzungen einzustellen. Zum Thema Transparenz merkt er an, dass die Kreistagsfraktionen ihre Anträge auch auf eigenen Wegen, z. B. ihrer Homepage, kommunizieren können. Dennoch sei hinsichtlich der KI, Vorsicht geboten. Abschließend regt er an, die Verwaltung von Verpflichtungen freizuhalten, ihr jedoch die Flexibilität einzuräumen, mit einem gewissen Feingefühl, unkritische Sachen ins Internet einzustellen.
Im weiteren Verlauf stellen die Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Kreisrat Bachmayer und Kreisrätin Dr. Tremel klar, dass es ein wichtiger Punkt des Antrags sei, grundsätzlich alle Unterlagen zu veröffentlichen. Gleichzeitig werde der Verwaltung jedoch die Möglichkeit und Flexibilität gegeben, im Einzelfall darüber zu entscheiden. Landrat Tritthart weist darauf hin, dass laut dem Antrag die Regelung in die Geschäftsordnung aufgenommen werden soll. Hierüber müsse zwingend der Kreistag als zuständiges Gremium beschließen.
Aus der Mitte des Gremiums wird die Veröffentlichung aller öffentlichen Sitzungsunterlagen überwiegend kritisch gesehen und unter der Prämisse des Datenschutzes abgelehnt. Dadurch, dass die Presse die Unterlagen erhalte, seien die Bürger bereits gut informiert. Grundsätzlich stehe man für maximale Transparenz, sehe die Sache aber anders als die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wie bereits durch den Bayerischen Landkreistag begründet, könnten die Daten im Internet weltweit abgerufen und zur Profilerstellung genutzt werden. Dies berge gewisse Risiken. Der Grundgedanke der Transparenz sei zwar richtig, aber Bürgerinnen und Bürger, die sich wirklich interessieren, haben die Möglichkeit bei den öffentlichen Sitzungen präsent zu sein. Alternativ könne die Tagesordnung abgerufen oder Mandatsträger direkt angesprochen werden. Landrat Tritthart merkt ergänzend an, dass er sich nicht daran erinnern könne, jemals aus der Bürgerschaft darum gebeten worden zu sein, die Unterlagen im Internet bereitzustellen.

Abschließend weist Landrat Tritthart nochmals darauf hin, dass es sich um einen Empfehlungsbeschluss an den Kreistag handelt, da es die Geschäftsordnung betrifft und lässt entgegen der Beschlussvorlage über den positiv formulierten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.06.2026 zur Zugänglichmachung von Beschlussvorlagen und Unterlagen öffentlicher Sitzungen für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Rats-, bzw. Bürgerinformationssystems des Landkreises Erlangen-Höchstadt wird zugestimmt.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt **Ja: 2 Nein: 9 Anwesend: 11**

5. Antrag der Kreistagsfraktion Freie Wähler vom 28.08.2026; Erlangen-Höchstadt soll Tourismusregion werden

Die Mitglieder des Kreisausschusses haben zu diesem Tagesordnungspunkt zusammen mit dem Antrag der Kreistagsfraktion Freie Wähler Erlangen-Höchstadt vom 28.08.2026, eine Sitzungsvorlage erhalten, mit welcher sie einen Überblick über die bereits umgesetzten Maßnahmen sowie aktuellen Projektentwicklungen im Bereich Tourismus erhalten. Der Antrag ist dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Kreisrat Fischkal betont, ihm sei bewusst, dass es sich um einen langjährigen Prozess handle und schlägt vor, sich mit diesem Thema in einer Gruppe von interessierten Kreisrätinnen und Kreisräten, Verbänden und der Gastronomie im Rahmen eines Workshops zu beschäftigen. Angesichts von über 70.000 € an Ausgaben für Verbände müsse hinterfragt werden, welche Leistungen erbracht werden und wo Einsparpotenziale liegen. Es gehe zunächst darum, im Kleinen ins Gespräch zu kommen und Zukunftsperspektiven auszuloten. Aufgrund der veränderten finanziellen Lage des Landkreises seit der Antragstellung relativiert er den Antrag der Kreistagsfraktion Freie Wähler Erlangen-Höchstadt.

Im Rahmen der Beratung wird in verschiedenen Wortmeldungen aus der Mitte des Gremiums die Stärkung der Region sowie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe befürwortet und dem relativierten Antrag zugestimmt. In der aktuellen Lage gehe es nicht um zusätzliche Ausgaben, sondern um die Generierung von mehr Einnahmen für die Wirtschaft und lokalen Unternehmen. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Arbeitsgruppe werden die Fragen aufgeworfen, wie groß diese besetzt sein soll, ob die Federführung beim Landrat liegen werde, ob es sich um ein offizielles Gremium handle und über welche Punkte des Antrages in der heutigen Sitzung abgestimmt werden soll. Im weiteren Verlauf wird die stellvertretende Landrätin Klaußner für die Leitung der Arbeitsgruppe vorgeschlagen.
Anschließend bittet Landrat Tritthart um Klarstellung, was vom ursprünglichen Antrag bezüglich Haushaltsmittel und der Form der Arbeitsgruppe übrigbleibe. Er verweist auf die Entschädigungssatzung, nach der für Arbeitskreise im Gegensatz zu Arbeitsgruppen ein Anspruch auf Sitzungsgeld besteht.
Kreisrat Hacker zeigt sich verwundert über den Antrag. Er verweist auf die vielen bereits bestehenden Aktivitäten und die u.a. dafür eingestellte Regionalmanagerin. Die Infrastruktur sei vorhanden. Seines Erachtens solle im Rahmen der bestehenden Akteure gearbeitet werden, ohne dafür zusätzliche Haushaltsmittel aufzuwenden.
Kreisrat Fischkal konkretisiert die Relativierung des Antrags. Ziel sei es, sich mit den Akteuren zusammenzusetzen, den Ist-Stand und die Ziele zu definieren und dies eventuell im Gremium vorzustellen. Er zieht den Antrag in der ursprünglichen Form zurück. Das Thema müsse keine Kosten verursachen. Auf Nachfrage von Landrat

Tritthart, ob es sich somit um keinen Arbeitskreis nach der Geschäftsordnung handeln soll, bestätigt Kreisrat Fischkal dies.
Die stellvertretende Landrätin Klaußner signalisiert großes Interesse an dem Thema und erklärt sich bereit, die Leitung der Arbeitsgruppe zu übernehmen. Sie schlägt vor, dass sich interessierte Kreisrätinnen und Kreisräte melden, um intern abzuklären, welche Art von Tourismus für den Landkreis gewünscht ist.

Abschließend fasst Landrat Tritthart das Ergebnis der Beratung zusammen. Die Kreistagsfraktion Freie Wähler Erlangen-Höchstadt zieht den Antrag vom 28.08.2026 zurück. Es werden Arbeitstreffen ohne Sitzungsgeld stattfinden. Die stellvertretende Landrätin Klaußner wird die Führung der Treffen übernehmen und den Wirtschaftsförderer, Beschäftigten Gaier, sowie die Regionalmanagerin, Beschäftigte Pschorr, einbinden. Kernpunkte der anstehenden Gespräche seien die Probleme in der Gastronomie und Hotellerie sowie die Definition der Tourismusregion.

II. Nichtöffentliche Sitzung

……..

Erlangen, 05.10.2026

Alexander Tritthart
Landrat

Raffaela Becker
Verwaltungsinspektorin

Bündnis 90/Die Grünen
Kreistagsfraktion Erlangen-Höchstadt

Lydia Göbel
Höchstadter Str. 22
91315 Zentbechhofen
09502/7642

l.goebel-@t-online.de

Herrn Landrat
Alexander Tritthart
Nägelsbachstr. 1
91052 Erlangen

23.01.2026

Antrag an den Kreistag
Planung und Bau eines Radweges entlang der Kreisstraße ERH 17 und der FO 19 von Zentbechhofen nach Stiebarlimbach in das Radwegekonzept und die Investitionsplanung für Straßenbau und Radwege aufzunehmen

Sehr geehrter Herr Landrat Tritthart,
sehr geehrte Kreistagskolleginnen und Kreistagskollegen,

die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

Wir beantragen, die Planung und den Bau eines landkreisübergreifenden Rad- und Fußweges entlang der Kreisstraße ERH 17 und der Kreisstraße FO 19 von Zentbechhofen nach Stiebarlimbach in das Radwegekonzept und in die zukünftige Investitionsplanung für den Straßen-, Brücken- und Radwegeausbau des Landkreises Erlangen-Höchstadt aufzunehmen.

Beschlussvorschlag

Der Kreistag beschließt,

1. den Bau eines durchgängigen und verkehrssicheren Radweges entlang der Kreisstraße ERH 17 (Landkreis Erlangen-Höchstadt) sowie der Kreisstraße FO 19 (Landkreis Forchheim) zwischen Zentbechhofen und Stiebarlimbach in das bestehende bzw. fortzuschreibende Radwegekonzept des Landkreises Erlangen-Höchstadt aufzunehmen;
2. das Vorhaben in die zukünftige (2027 – 2030) Investitionsplanung für den Brücken-, Straßen- und Radwegebau aufzunehmen;
3. die Kreisverwaltung zu beauftragen, in Abstimmung mit dem Landkreis Forchheim eine landkreisübergreifende Planung und Umsetzung des Projekts einschließlich der Prüfung geeigneter Förderprogramme vorzunehmen

Begründung:

1. Verkehrssicherheit und Alltagsmobilität
Entlang der Kreisstraßen ERH 17 und FO 19 fehlt bislang eine durchgängige Radverkehrsanlage. Angesichts des Mischverkehrs stellt dies insbesondere für Schülerinnen und Schüler sowie Berufspendlerinnen und -pendler ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Ein baulich getrennter Radweg erhöht die Verkehrssicherheit und stärkt den Radverkehr im Alltags- und Freizeitbereich.

2. Stärkung des regionalen Radverkehrsnetzes
Der Radweg schließt eine bestehende Lücke im regionalen Radverkehrsnetz und verbessert die Anbindung der Ortsteile Zentbechhofen, Greuth und Förtschwind an die Stadt Forchheim sowie in Richtung Bamberg. Damit entsteht eine leistungsfähige, interkommunale Radverkehrsverbindung mit hoher Bedeutung für Alltags- und Tourismusverkehre.

3. Verknüpfung mit dem öffentlichen Personennahverkehr
Die Maßnahme verbessert die Kombination von Radverkehr und ÖPNV, insbesondere durch die Anbindung an Buslinien und den Bahnhof Forchheim als zentralen Schienenknotenpunkt. Dies ermöglicht eine flexible, klimafreundliche und effiziente Mobilität aus dem ländlichen Raum.

4. Landkreisübergreifende Relevanz
Da das Vorhaben zwei Landkreise betrifft, ist eine enge interkommunale Abstimmung erforderlich. Das Projekt bietet die Möglichkeit, ein abgestimmtes und qualitativ hochwertiges Radverkehrsangebot über Landkreisgrenzen hinweg zu realisieren.

5. Klimaschutz und Lebensqualität
Der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur trägt zur Erreichung der Klimaschutzziele bei, fördert aktive Mobilität und erhöht die Aufenthalts- sowie Lebensqualität. Zwischen Zentbechhofen und Stiebarlimbach besteht keine geeignete landwirtschaftliche Wegeverbindung, sodass derzeit ausschließlich die Nutzung der Straße möglich ist.

6. Erhöhtes Verkehrsaufkommen auf der ERH 17
Durch die Anbindung an die B 505 ist auf der ERH 17 ein deutlich erhöhtes Verkehrsaufkommen mit steigenden Geschwindigkeiten zu verzeichnen. Die Einrichtung eines baulich getrennten Radweges ist daher aus verkehrssicherheitsfachlicher Sicht dringend geboten.

Fazit

Die Aufnahme des Radweges entlang der ERH 17 und FO 19 in das Radwegekonzept sowie in die Investitionsplanung des Landkreises Erlangen-Höchstadt ist verkehrlich erforderlich, ökologisch sinnvoll und regional bedeutsam. Der Kreistag wird gebeten, dem Antrag zuzustimmen und die Voraussetzungen für eine gemeinsame Umsetzung mit dem Landkreis Forchheim zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Co-Fraktionssprecherin Lydia Göbel Fraktionssprecher Wolfgang Hirschmann

Landkreis Erlangen-Höchstadt

Investitionsplanung 2027 - 2030 (Entwurf)

Straßen-, Brücken- und Radwegebau

UA	-	Vermögenshaushalt	Priorität 1	(Blatt 1 - 3)
UA	-	Vermögenshaushalt	Priorität 2	(Blatt 4)

Sitzung Kreisausschuss
am 02.10.2026

Sitzung des Kreistages
am 09.10.2026

Heßdorf, 10.09.2026
Landkreis Erlangen-Höchstadt

- Sachgebiet Tiefbau -

Dieter Mußack
Sachgebietsleiter

Landkreis Erlangen-Höchstadt
Beschlüsse:
KA 02.10.2026
KT 09.10.2026

Investitionsprogramm 2027 - 2030

Straßen-, Brücken- und Radwegebau

UA - Vermögenshaushalt

Priorität 1

Kreisstraße HHSt.	Bezeichnung der Maßnahme Radwege, Brücken, etc. Bauabschnitt, Kilometrierung	Kosten Gesamt € i.T.	Landkreis Ausgaben € i.T.	Einnahmen € i.T.	Finanzierung € i.T.	Dritte Gemeinde DB, Bund etc. € i.T.		Ansatz bisher € i.T.	HJ 2026 € i.T.	Haushalt 2027 ff HJ 2027 € i.T.	HJ 2028 € i.T.	HJ 2029 € i.T.	HJ 2030 € i.T.	Bemerkungen Ausbauzustand, Vorplanung, Grunderwerb (=GE), Fertigstellung, Ausbaubeginn, UI-Aufwand, Priorität, etc.
	Maßnahmen im Bau													**A** = Ausgaben, **E** = Einnahmen **F** = Finanzbedarf
ERH 6 1.6556	**Röckenhof - Unterschöllenbach** Geh- und Radweg Länge ca. 2,0 km	1.900	1.900	1.050	850	60	A E F	70 70	500 150 350	1.300 750 550	30 150 -120			Lückenschluss, Vereinbarungen mit Gde. Kalchreuth u. Markt Eckental, Grunderwerb fertig, Baubeginn Herbst 2026
ERH 16 1.6527	**Brücke über die BAB A3 bei Neuhaus** mit Geh- und Radweg Länge ca. 1,1 km	2.300	2.300	1.340	960	30	A E F	1.830 1.000 830	430 150 280	35 140 -105	5 50 -45			Neubau d. Brücke im Zuge des 6-streifigen Ausbaus der A3, Bau von 2020 bis 2022, Vereinb. m. Autobah restl. Geh- u. Radweg bis Ende 2026 fertiggestellt
ERH 26 1.6526	**Brücke über die BAB A3 bei Hannberg** mit Geh- und Radweg Länge ca. 1,7 km	2.975	2.975	1.635	1.340	30	A E F	1.670 1.000 670	10 10	140 140	1.100 600 500	55 35 20		Neubau d. Brücke im Zuge des 6-streifigen Ausbaus der A3, Bau von 2020 bis 2023, Vereinb. m. Autobah restl. Geh- u. Radweg bis 2028
ERH 36 1.6528	**Unterführung d. BAB A3 bei Medbach** mit Geh- und Radweg Länge ca. 300 m	1.450	1.450	820	630		A E F		930 500 430	510 250 260	10 70 -60			Neubau d. Brücke im Zuge des 6-streifigen Ausbaus der A3, Bau von 2024 bis 2026, Vereinb. m. Autobah restl. Geh- u. Radweg bis 2027
	geplante Maßnahmen													
ERH 8 1.6538	**Unterschöllenbach-Oberschöllenbach** Geh- und Radweg km 2 + 000 bis km 2 + 400	460	460	200	260	30	A E F		0 0	40 0 40	400 190 210	20 10 10		Abschnitt ist bereits im Radwegekonzept als Lückenschluss enthalten, evtl. Querungshilfen Vorgespr. mit Eckental u. Zweckverband (W + K)
ERH 13 1.6513	**Höfen - Tuchenbach (Lkr. Fürth)** Geh- und Radweg Länge ca. 2,0 km	4.500	1.200	600	600	3.300	A E F		50 50	1.000 400 600	130 100 30	20 100 -80		Lückenschluss zum vorhand. G+R Höfen - Dondörfle Vereinb. mit dem Lkr. Fürth, Förderantrag von Lkr. Fü eingereicht, Baubeginn 2027, VE 100.000 € (2028)

Landkreis Erlangen-Höchstadt
Beschlüsse:
KA 02.10.2026
KT 09.10.2026

Investitionsprogramm 2027 - 2030

Straßen-, Brücken- und Radwegebau

UA - Vermögenshaushalt

Priorität 1

Kreisstraße HHSt.	Bezeichnung der Maßnahme Radwege, Brücken, etc. Bauabschnitt, Kilometrierung	Kosten Gesamt € i.T.	Landkreis Ausgaben € i.T.	Einnahmen € i.T.	Finanzierung € i.T.	Dritte Gemeinde DB, Bund etc. € i.T.		Ansatz bisher € i.T.	HJ 2026 € i.T.	Haushalt 2027 ff HJ 2027 € i.T.	HJ 2028 € i.T.	HJ 2029 € i.T.	HJ 2030 € i.T.	Bemerkungen Ausbauzustand, Vorplanung, Grunderwerb (=GE), Fertigstellung, Ausbaubeginn, UI-Aufwand, Priorität, etc.
ERH 25	**Hammerbach - Beutelsdorf**	2.520	1.260	500	760	1.260	A		120	30	1.080	30		Vereinbarung m. Stadt Herzogenaurach
	Str.km 0,180 - 3,030						E				500			Federführung Stadt, Bau mit Zuwendungen
1.6525	Geh- und Radweg						F		120	30	580	30		
ERH 25	**Niederndorf-Lkr.Grenze (Behälterberg)**	1.770	1.770	750	1.020		A	20	0	0	50	900	800	Straßenbreite < 5,50 m, Straßenaufbau zu gering
	Str.km 9,360 - 10,532						E					400	350	Ausbau erforderlich
1.6545	Verstärkung: Unterbau u. Decke						F	20	0	0	50	500	450	
ERH 31	**BAB A73 Anschlussstelle Möhrendorf**	1.200	1.200	500	700		A		100	100	800	180	20	Neubau d. Brücke mit 2 Kreisverkehrsanlagen
	mit 2 Kreisverkehrsanlagen						E				400	80	20	Vereinbarung mit Autobahn GmbH, Bau ab 2028
1.6531	Länge ca. 460 m						F		100	100	400	100	0	vorgesehen, VE von 980.000,00 € für 2028/29
ERH 36	**Medbach - Aisch**	2.030	2.030	860	1.170		A	15	25	50	50	890	1.000	Planungsleistungen 2020 - 2027
	Geh- und Radweg						E					380	480	Abstimmung mit Stadt Höchstadt und Gde. Adelsdorf
1.6536	km 1 + 750 bis km 4 + 150						F	15	25	50	50	510	520	bereits erfolgt
ERH 36	**OD Medbach**	1.900	1.900	800	1.100		A	35	45	20	1.200	570	30	starke Straßenschäden, Straßenausbau ab 2028;
	Str.km 1,132 - 1,727					40	E				500	200	100	2027 Kanal und Wasserleitung durch Stadt Höchstad
1.6566	Sanierung						F	35	45	20	700	370	-70	(Vereinbarung wg. Gehweg mit Stadt erforderlich)

Landkreis Erlangen-Höchstadt
Beschlüsse:
KA 02.10.2026
KT 09.10.2026

Investitionsprogramm 2027 - 2030

Straßen-, Brücken- und Radwegebau

UA - Vermögenshaushalt

Priorität 1

Kreisstraße HHSt.	Bezeichnung der Maßnahme Radwege, Brücken, etc. Bauabschnitt, Kilometrierung	Kosten Gesamt € i.T.	Landkreis Ausgaben € i.T.	Landkreis Einnahmen € i.T.	Landkreis Finanzierung € i.T.	Dritte Gemeinde DB, Bund etc. € i.T.		Ansatz bisher € i.T.	Ansatz HJ 2026 € i.T.	Haushalt 2027 ff HJ 2027 € i.T.	HJ 2028 € i.T.	HJ 2029 € i.T.	HJ 2030 € i.T.	Bemerkungen Ausbauzustand, Vorplanung, Grunderwerb (=GE), Fertigstellung, Ausbaubeginn, UI-Aufwand, Priorität, etc.
	Restabwicklung													
1.6501	**Allgemein Restabwicklung** und Planung von Maßnahmen Priorität 2	330	330	0	330		A E F		90 90	90 90	50 50	50 50	50 50	Restabwicklung Grunderwerb Restbaumaßnahmen und Ansatz f. Planung Priorität 2
ERH 5 1.6595	**Umbau / Neubau der Brücke über** die Bahnlinie in Baiersdorf	5.410	1.155	510	645	4.255	A E F	865 460 405	0 0	290 50 240				Vereinbarungen mit Bahn und Stadt inkl. Anteil Stadt Baiersdorf; Baubeginn März 2015, endgültige Fertigstellung 2018, Vermessung fehlt
ERH 7 1.6517	**Uttenreuth - Marloffstein** Geh- und Radweg Länge ca. 2 km	1.600	1.600	880	720		A E F	1.570 800 770	0 0 0	30 80 -50				Bauende 2019; schwieriger Grunderwerb, deswegen Mehrkosten für Fahrbahnverlegung u. Stützmauer
ERH 12 1.6512	**Bullach (Lkr. Nbg. Land) - Herpersdorf** Geh- und Radweg Länge ca. 0,43 km	480	230	130	100	250	A E F	200 130 70	10 0 10	20 0 20				Ist bereits als Lückenschluss im Radwegekonzept enthalten, im Jahr 2023 fertig gestellt Vereinbarung mit dem Lkr. Nbg. Land
ERH 23 1.6523	**OD Wachenroth** Länge ca. 0,57 km	3.070	1.800	760	1.040	1.270	A E F	1.735 720 1.015	15 0 15	50 0 50	0 40 -40			erheblicher Unterhaltsaufwand Vereinbarung mit Markt Wachenroth 3 Brücken; 2025 fertig gestellt; Vermessung beantrag
	Summen Priorität 1 von 2027-30						A E F	8.010 4.110 3.900	2.325 800 1.525	3.705 1.670 2.035	4.905 2.600 2.305	2.715 1.205 1.510	1.900 950 950	**HHJ 2027-30 Ausgaben 13.225 €** **HHJ 2027-30 Finanzbed. 6.800 €**

F:\SG52\Tiefbau\Verwaltung\Inv-Programm\GES-30\[Inv-Prog-26-09-10.xlsx]ua1

Landkreis Erlangen - Höchstadt
Beschlüsse:
KA 02.10.2026
KT 09.10.2026

Investitionsprogramm 2027 - 2030

Straßen-, Brücken- und Radwegebau

UA - Vermögenshaushalt

Priorität 2

Kreisstraße HHSt.	Bezeichnung der Maßnahme Radwege, Brücken, etc. Bauabschnitt, Kilometrierung	Kosten Gesamt € i.T.	Landkreis Ausgaben € i.T.	Einnahmen € i.T.	Finanzierung € i.T.	Dritte Gemeinde DB, Bund etc. € i.T.		Ansatz bisher € i.T.	HJ 2026 € i.T.	Haushalt 2026 ff HJ 2027 € i.T.	HJ 2028 € i.T.	HJ 2029 € i.T.	HJ 2030 € i.T.	Bemerkungen Ausbauzustand, Vorplanung, Grunderwerb (=GE), Fertigstellung, Ausbaubeginn, UI-Aufwand, Priorität, etc.
ERH 5	**Brücke über die BAB A73 Baiersdorf** mit Geh- und Radweg Länge ca. 620 m	700	700	300	400		A E F				530 210 320	150 70 80	20 20 0	Beschluss Kreisausschuss v.15.03.2021, derzeit Planung durch die Autobahn GmbH Vereinbarung mit der Bundesrepublik erforderlich
ERH 13	**Dondörflein - Falkendorf** Geh- und Radweg Länge ca. 2,8 km	1.300	1.250	550	700	50	A E F				100 0 100	450 200 250	700 350 350	Abschnitt ist bereits im Radwegekonzept enthalten Lückschluss zum bestehenden Geh- und Radweg Höfen - Dondörflein
ERH 13/14	**(Höfen)Dondörflein - Herzogenaurach** Geh- und Radweg Länge ca 1,4 km	650	600	270	330	50	A E F						600 270 330	Abschnitt Höfen - Dondörflein fertig, Abschnitt Dondörflein-Haurach vorläufig zurückgestellt, vorläufig Führung über Feldweg Richt. Steinbach
ERH 16	**Kreuzungsumbau bei Adelsdorf** Errichtung eines Kreisverkehrs an der B 470	1.200	480	200	280	720	A E F				50 0 50	200 100 100	230 100 130	Beschluss Kreistag v. 24.05.2017; Planung durch das Staatliche Bauamt Nürnberg erforderlich Vereinbarung mit der Bundesrepublik erforderlich
ERH 25	**(Hammerbach)-Beutelsdorf-Haundorf** Str.km 3,540 - 4,950 Geh- und Radweg	650	600	240	360	50	A E F					200 80 120	400 160 240	Vorplanung z.T. vorhanden, Querungshilfen d. Stadt, Abschnitt Hammerbach - Beutelsdorf vorgezogen in Priorität 1
ERH 29	**Baiersdorf (ERH 5) - Igelsdorf** Geh- und Radweg Länge ca. 920 m	590	590	250	340		A E F				40 40	40 0 40	510 250 260	Abschnitt ist bereits im Radwegekonzept enthalten Lückenschluss, evtl. Querungshilfen
	Summen Priorität 2 von 2027-2030	5.090	4.220	1.810	2.410	870	A E F				720 210 510	1.040 450 590	2.460 1.150 1.310	

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Erlangen-Höchstadt

An
Herrn
Landrat Alexander Tritthart
Nägelsbachstraße 1

91052 Erlangen

Landratsamt
Erlangen-Höchstadt
11. Juni 2026
SG Bell

Kreisverband ERH/ Fraktionsvorsitzende

Kreisrätin
Dr. Monika Tremel, Wallenrodstraße 21
90562 Kalchreuth

Kreisrat

Manfred Bachmayer, Hallerstraße 15,
90542 Eckental

Kalchreuth, den 10. Juni 2026

Antrag zur zugänglich-Machung von Beschlussvorlagen und Unterlagen öffentlicher Sitzungen für die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen des Rats-, bzw. Bürgerinformationssystems des Landkreises ERH

Sehr geehrter Herr Landrat Tritthart,

ergänzend zu §11 der LKrO stellen wir folgenden Antrag: Die Verwaltung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass grundsätzlich alle Unterlagen der öffentlichen Sitzungen des Kreistags, sowie der Ausschüsse über das Rats-, bzw. Bürgerinformationssystem des Landkreises allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden, sofern dies datenschutzkonform und rechtlich zulässig ist.

Begründung: Die Nachvollziehbarkeit politischer Beschlüsse, sowie die Transparenz von Entscheidungsprozessen, die wir im Kreistag diskutieren, sind ein hohes Gut. Sie dienen der grundlegenden Information der Bürgerinnen und Bürger, denn in ihnen wird demokratisches Handeln konkret erfahrbar. In Zeiten, in denen sich viele Menschen von der Politik abwenden, ist dies ein wichtiges Signal. Von den technischen Möglichkeiten her sehen wir die Voraussetzungen dafür gegeben. Auch finanziell entstehen dem Landkreis keine Mehrkosten.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Bachmayer, Fraktionsvorsitzender

Dr. Monika Tremel, Fraktionsvorsitzende

Von: Karsten Fischkal
An: Landrat
Cc:

Betreff: Antrag der Kreistagsfraktion Freie Wähler Erlangen-Höchstadt
Datum: Freitag, 28. August 2026 08:36:19

Achtung! Diese Nachricht stammt von einem externen Absender.

Erlangen-Höchstadt soll Tourismusregion werden

Die „4 K“ als touristische Marke entwickeln

Sehr geehrter Herr Landrat,

unser Landkreis hat touristisch sehr viel zu bieten.

Trotzdem wird Erlangen-Höchstadt außerhalb der Region bisher nicht in dem Maße als touristisches Ziel wahrgenommen, wie es möglich wäre. Wir haben den Aischgrund, den Aurachgrund, den Seebachgrund, den Weisach-Ebrach-Grund, das Erlanger Oberland und den Regnitzgrund mit ihren einzigartigen Teichlandschaften, attraktiven Rad- und Wanderwegen, der typischen fränkischen Gastronomie, unseren Direktvermarktern sowie vielen kulturellen und zahlreichen Freizeitangeboten.
Vor allem haben wir mit den 4 K „Karpfen, Kräuter, Kren und Kirschen“ etwas, das unseren Landkreis unverwechselbar macht. Diese „4 K“ stehen für unsere Landschaft, unsere Landwirtschaft, unsere Teichwirtschaft, unsere regionalen Produkte und unsere fränkische Lebensart.
Dabei müssen wir nicht bei null anfangen. Im Landkreis gibt es bereits viele Vereine, Initiativen und engagierte Menschen, die sich mit großem Einsatz um einzelne Bereiche kümmern. Diese Arbeit ist wertvoll und muss unterstützt werden.
Wir wollen deshalb nicht neue Strukturen schaffen, die an den bestehenden Angeboten vorbeigehen. Wir wollen die Menschen zusammenbringen, die bereits heute etwas für den Tourismus in unserem Landkreis tun.
Genau hier soll die Arbeitsgruppe ansetzen. Gemeinsam mit den bereits aktiven Vereinen, Organisationen, Kommunen und Unternehmen soll überlegt werden, wie wir aus vielen guten Einzelangeboten ein gemeinsames touristisches Angebot für den gesamten Landkreis entwickeln können.
Die Wirtschaftsförderung des Landkreises verfügt bereits über wichtige Anknüpfungspunkte. Sie stärkt Unternehmen, Freizeit und Tourismus, indem sie Betriebe unterstützt, regionale Projekte koordiniert und sichtbar macht. Dieses vorhandene Wissen und diese Strukturen sollten für die weitere Entwicklung des Tourismus genutzt und gebündelt werden.
Damit geht es zunächst nicht darum, neue Verwaltungsstrukturen zu schaffen. Vielmehr wollen wir vorhandene Kompetenzen nutzen, die bereits bestehenden Akteure zusammenbringen und gemeinsam den Weg zur Tourismusregion entwickeln.
Unser Ziel muss dabei klar sein: **Erlangen-Höchstadt soll Tourismusregion werden!**
Eine starke touristische Struktur eröffnet auch bessere Möglichkeiten, Fördermittel zu erhalten und damit konkrete Projekte im Landkreis umzusetzen.

Ob Radwege, Wanderangebote, touristische Infrastruktur, regionale Erlebnisangebote, Gastronomie, Kultur oder die Vermarktung unserer regionalen Produkte. Tourismus kann zu einem wichtigen Baustein für die weitere Entwicklung unseres Landkreises werden.
Auch die Lage unseres Landkreises bietet große Chancen. Mit Nürnberg, Erlangen, Fürth und Bamberg liegen bedeutende Städte und Besuchermagneten direkt vor unserer Haustür. Hinzu kommen die internationale Bekanntheit Herzogenaurachs und die dortigen Outlet Angebote. Diese Besucher müssen wir stärker für unseren Landkreis interessieren und zum Bleiben bewegen.
Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler Erlangen-Höchstadt beantragt daher.
Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Landkreis Erlangen-Höchstadt setzt sich zum Ziel, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, künftig als Tourismusregion wahrgenommen und in die entsprechenden bayerischen Tourismusstrukturen eingebunden zu werden.
2. Zur Vorbereitung dieses Weges wird eine Arbeitsgruppe aus interessierten Kreisrätinnen und Kreisräten eingerichtet. Die Federführung für die Arbeitsgruppe soll bei der Wirtschaftsförderung des Landkreises Erlangen-Höchstadt liegen. Zur fachlichen Beratung und zur Einbindung der Praxis sollen Fachberater sowie interessierte Akteure aus der Tourismusbranche und den bereits bestehenden touristischen Strukturen hinzugezogen werden.
3. Die Arbeitsgruppe soll gemeinsam herausarbeiten, welche Voraussetzungen für eine Tourismusregion Erlangen-Höchstadt erfüllt werden müssen, welche bestehenden Angebote und Strukturen bereits vorhanden sind und welche nächsten Schritte notwendig sind.
4. Ein besonderer Schwerpunkt soll auf den vier K „Karpfen, Kräuter, Kren und Kirschen“ liegen. Sie sollen als gemeinsames touristisches Markenzeichen des Landkreises weiterentwickelt und stärker über die Landkreisgrenzen hinaus bekannt gemacht werden.
5. Für die Arbeit der Arbeitsgruppe sowie für die notwendige fachliche Beratung und die Entwicklung erster Maßnahmen sind entsprechende Haushaltsmittel im Landkreis Haushalt einzuplanen.
6. Von Anfang an sollen die bestehenden Fördermöglichkeiten von Freistaat, Bund und Europäischer Union betrachtet werden. Ziel ist es, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit künftig mehr Fördermittel für touristische Projekte in unseren Landkreis fließen können.
7. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe werden dem Kreistag vorgestellt. Auf dieser Grundlage soll entschieden werden, welche weiteren Schritte notwendig sind, um den Landkreis zu einer starken Tourismusregion zu entwickeln.

Wir haben die Landschaft. Wir haben die Angebote. Wir haben engagierte Menschen. Und wir haben mit den „4 K“ bereits eine starke Geschichte.
Jetzt müssen wir daraus gemeinsam mehr machen.
Karpfen. Kräuter. Kren. Kirschen.
Vier K. Ein Landkreis.

Mit freundlichen Grüßen
Im Namen Freien Wähler Kreistagsfraktion Erlangen-Höchstadt

Karsten Fischkal
Fraktionssprecher